



Der Zivile Friedensdienst in der Extremismusprävention

Warum ist Extremismusprävention Teil der Friedensarbeit?

Extremismusprävention ist gleich Gewaltprävention. Nicht immer bedarf es bei Radikalisierung einer Intervention, denn radikal bezeichnet lediglich das Ablehnen einer aktuellen, normativen Ordnung. Es bedeutet nicht immer Demokratie-/ Menschenrechtsfeindlichkeit oder Gewalt. Der Übergang in die Gewalt, zum gewaltbereiten Extremismus, ist das, was die Extremismusprävention zu verhindern versucht. Alle am stärksten von Extremismus betroffenen Länder liegen in Konfliktregionen, z.B. die Länder der Sahel-Region. Viele der zur Radikalisierung beitragenden Faktoren werden durch Krisen und Konflikte gestärkt, was zu einem Teufelskreis von steigender Gewalt führt. An diesem Teufelskreis kann die Friedensarbeit in ihren Wirkungsbereichen arbeiten. Die Sensibilität des Themas, da es um religiöse oder politische Inhalte geht, setzt das Vertrauen der lokalen Bevölkerung und Zugänge zu jener voraus. Beides gehört zur Basis der ZFD-Arbeit.

Krisen, Konflikte und Radikalisierung - ein Teufelskreis

Der größte Faktor für Radikalisierung bzw. dem Anschließen an extremistische Gruppen ist die Perspektivlosigkeit, vor allem junger Menschen. Sei es durch Armut, Ausgrenzung oder Diskriminierung, wenn Menschen keine Möglichkeiten der Bildung oder Arbeit haben, sind sie anfälliger für Rekrutierung. Weitere Faktoren können als direkte Folgen dieser Perspektivlosigkeit gesehen werden: Fehlender Schutz, eine fehlende Identität bzw. Sinn-Empfinden und Frustration über Ungerechtigkeit und die Hilflosigkeit, nichts an ihrer Situation ändern zu können. Außerdem spielt die Beziehung zum Staat eine wichtige Rolle, wenn dieser keine Perspektiven schafft, es keine Partizipationsmöglichkeiten gibt oder Menschenrechte durch z.B. den Sicherheitsapparat verletzt werden.

Diese **Push-Faktoren** bestärken die **Pull-Faktoren**, welche von den extremistischen Gruppierungen selbst ausgehen. Sie plädieren an das Ungerechtigkeitsempfinden, versprechen ein besseres Leben, und bieten materielle Anreize.



Prävention in drei Stufen

Extremismusprävention wird in drei Kategorien eingeteilt: Primäre, sekundäre und tertiäre Prävention. Jede dieser Stufen bezieht sich auf unterschiedliche Maßnahmen und deren Zielgruppen. In der **primären Prävention** geht es allgemein um die Resilienz der Gesellschaft gegenüber extremistischen Narrativen. Dazu gehört Theater, (Team)Sport, Arbeit an Schulen und Universitäten, Jugendzentren, Aufklärung über die Wirkungen von sozialen Medien usw.

Herausgegeben von:

In der **sekundären Prävention** wird mit Gruppen oder Individuen und deren Umfeld gearbeitet, bei welchen das Risiko einer gewaltbereiten Radikalisierung erhöht ist. Dazu gehören je nach Kontext u.a. Geflüchtete, Jugendliche, Gefängnisinsassen, also Gruppen, welche oft beschränkte Perspektiven haben und/oder ausgegrenzt werden. Auch die Arbeit mit dem Umfeld dieser Gruppen ist wichtig, um sie für die Problematik zu sensibilisieren und so einen besseren Umgang zu schaffen. Die **tertiäre Prävention** ist die Arbeit mit bereits radikalisierten Personen, Extremist*innen und Aussteigern. Dabei steht vor allem die Demobilisierung, also das Abbringen von erneuter Gewaltausübung, und ihre gesellschaftliche/berufliche Reintegration. Auf allen Ebenen ist die Arbeit mit staatlichen und insbesondere religiösen Akteuren entscheidend. Präventionsprojekte müssen langfristig angelegt sein, um Wirkung zu zeigen und brauchen daher lokale Institutionen, die sie tragen. Religiöse Akteure insbesondere, denn sie genießen meist eher das Vertrauen der Bevölkerung.

Die bisherige Arbeit des ZFD

Extremismusprävention gehört zum Bereich der Gewaltprävention, da der ZFD nur die Radikalisierungsprozesse bearbeiten sollte, welche sich in die Gewalt entwickeln. Die Arbeit des ZFD trägt in all seinen Bereichen zur Bekämpfung von gewaltbarem Extremismus bei. Vor allem die Bereiche MHPSS, Dialog, und die Arbeit mit marginalisierten Gruppen, z.B. zu sozialer Kohäsion, spielen eine wichtige Rolle, um die individuelle und gesellschaftliche Resilienz zu stärken. Speziell in der Sahel-Region arbeitet der ZFD der GIZ daher an Dialogforen, um den Austausch zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, vor allem der Jugend, zu stärken und Narrative extremistischer Gruppen aufzubrechen. Dabei soll die politische Teilhabe und das Vertrauen in den Staat gestärkt werden. Dazu wird auch mit staatlichen Akteuren direkt gearbeitet, um dessen Strategien zu gewaltfreier Konfliktlösung zu fördern und weitere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern.

Publiziert von:
Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Registered offices:
Bonn and Eschborn, Germany
Friedrich-Ebert-Allee 32
53113 Bonn, Germany
E info@giz.de
I www.giz.de

Projekttitle:
GIZ Ziviler Friedensdienst

Verantwortlich:
Suzanne Gentges
Michael Eberlein

Layout:
Judith Wassmann, Bonn

Fotorechte:
ZFD, GIZ

Auch mit Jugendlichen wird gewaltfreie Konfliktlösung, u.a. durch Theater, thematisiert und ihr Selbstvertrauen und somit mentale Gesundheit gestärkt.

Extremismusprävention birgt viele Herausforderungen

Bei der Planung von Programmen zu Extremismusprävention sind die Anforderungen an die **Konfliktsensibilität** des Vorgehens besonders hoch. Zudem stehen **Sicherheitsaspekte** im Fokus, da sich Präventionsarbeit, auf allen Stufen, auf einen Gewaltkontext bezieht und Menschen adressiert, die sich in einem von Gewalt geprägten Spannungsverhältnis bewegen. Die Entscheidung, wo ein Projekt ansetzt und wie es vorgeht, muss den Schutz der Mitarbeiter*innen und der Partner berücksichtigen, entsprechende Risikoanalysen müssen durchgeführt und Sicherheitskonzepte entwickelt werden, u.a. auch für den Schutz von Daten. Das Prinzip des **Do-No-Harm** muss – mehr noch als bei anderen Projekten – beachtet werden, um Interventionszeitpunkte und Methoden zu bestimmen. Zugleich muss Präventionsarbeit glaubhaft deutlich machen, dass sie nicht Einfluss auf religiöse oder politische Meinungsbildung nimmt. Für die sensible Arbeit ist **Kommunikation** und **Transparenz** der lokalen Bevölkerung gegenüber wichtig. Eine möglichst breite Einbeziehung unterschiedlicher Akteursgruppen ist Voraussetzung dafür, bestehende Spannungen zu reduzieren bzw. nicht weiter zu verschärfen. Dadurch reduziert sich auch das Risiko, als Verbündete der einen Position oder Gruppe wahrgenommen zu werden oder als Interessenvertretung der anderen. Auch hier ist Kommunikation zentral. Vor allem in der **tertiären Prävention**, der Arbeit mit radikalisierten Personen und Aussteigern, gibt es große Herausforderungen, vor allem die Sicherheit der Mitarbeiter*innen betreffend. Die Arbeit mit (ehemaligen) Mitgliedern extremistischer Gruppen steht zudem in einem politischen Spannungs- und Beobachtungsfeld und muss auch diesem Umstand Rechnung tragen.

Im Auftrag von:
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung (BMZ)
Abteilung 503: Frieden und Sicherheit,
Katastrophenrisikomanagement

Ort und Datum der Publikation:
Bonn, 2024

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung